Aus den Verhandlungen der schweiz. Bundesversammlung.

(Nachträgliche Ergänzung zur Seite 60 hievor.)

In der Frage wegen Anwendung von körperlichen Zwangsmitteln gegen Untersuchungsgefangene hat der Ständerath am 7. und der Nationalrath am 23. Juli 1870 beschlossen:

Es wird vom sachbezüglichen Berichte des Bundesrathes vom 6. Mai d. J. am Protokoll Vormerkung genommen.

Die ledigliche Vormerkung zu Protokoll wurde auch beschlossen (vom Nationalrath am 9. und vom Ständerath am 16. Juli 1870) mit Rücksicht auf den bundesrathlichen Bericht vom 1. Juni l. J. über Einziehung und Umprägung von Silberscheidemünzen.

Aus den Verhandlungen des schweizerischen Bundesrathes.

(Vom 29. Juli 1870.)

Um das schweizerische Telegrapheninstitut während des bevorstehenden Krieges mit wünschbarem Erfolge benutzen zu können, hat der Bundesrath für die Dauer der gegenwärtigen Besetzung der Schweizergrenze vom Militärdienste befreit:

- a. die sämmtlichen Telegraphisten der Zwischenbüreau;
 - b. die bereits angestellten oder noch anzustellenden Telegraphengehilfen;
 - c. die Boten auf den Haupttelegraphenbüreau.
-

Der Bundesrath hat beschlossen, daß der unterm 22. d. Mts. für Pferde, welche vor dem 21. dieß behuß der Ausfuhr gekauft wurden, bewilligte Ausgangszoll von Fr. 1. 50 mit Ende des Monats Juli aufhören und der am 20. l. Mts. festgesetzte Ausfuhrzoll von Fr. 600 für jedes Pferd allgemein zur Anwendung kommen solle.

(Vom 30. Juli 1870.)

Hr. Samuel Diriwächter, Rechnungsrevisor in Aarau, welcher am 25. Juli d. J. zum eidg. Stabssekretär ernannt wurde, hat die auf ihn gefallene Wahl abgelehnt.

(Vom 1. August 1870.)

Veranlaßt durch einen Konflikt, der sich zwischen zwei Kantonen wegen Gebühren für Vorladung von Zeugen in Strafsachen erhoben hat, beschloß der Bundesrath, an sämtliche eidgenössische Stände folgendes Kreis Schreiben zu erlassen.

„Tit.!

„Es hat sich zwischen zwei Kantonen ein Konflikt darüber erhoben, ob die Behörden des einen Kantons für die Vorladung von Zeugen in Strafsachen behuß ihrer Abhörung in dem andern Kanton befugt seien, die Citationsgebühren von der requirirenden Behörde zu fordern.

„Nun bestehen aber keine bundesrechtliche Vorschriften, welche diese Frage direkt berühren würden.

„Die Artikel 19 und 20 des Konkordates vom 8. Juni 1809, bestätigt den 8. Juli 1818 (Alte Dff. Samml. I, 303), welche gemäß Art. 23 des Bundesgesetzes über die Auslieferung von Verbrechern und Angeschuldigten vom 24. Juli 1852 (Neue Dff. Samml. III, 161) allein noch in Kraft sind, reden nur von dem Rechte zur Abhörung resp. zur Vorladung von Zeugen in einem andern Kanton und von der Entschädigung dieser Zeugen.

„Das erwähnte Bundesgesetz behandelt, wie es schon sein Titel andeutet, nur die Auslieferung von Verbrechern und Angeschuldigten, und das neueste Bundesgesetz vom 24. Heumonath 1867 (Neue Dff. Samml. IX, 86), betreffend Abänderung des Auslieferungsgesetzes,

bezieht sich bloß auf die Kosten des Transportes und den Unterhalt eines auszuliefernden Individuums.

„Unter diesen Umständen sind die Kantone ohne Zweifel befugt, die Gebühren für die Vorladung von Zeugen, welche in Strassachen in einem andern Kantone abgehört werden sollen, von diesem letztern Kantone zu fordern.

„Allein dieses Verfahren steht indirekt im Widerspruch mit der Tendenz des erwähnten Bundesgesetzes von 1867, wodurch die Kosten in Auslieferungsfällen auf ein Minimum beschränkt und alle Gebühren für Verhöre, Scripturen, Ein- und Austhürmung, Besorgung des Gefangenen zc. als unzulässig erklärt werden. Auch würde jenes Verfahren, wenn es beibehalten werden wollte, nicht im Einklange stehen mit den Grundsätzen, wie sie in den neuern Auslieferungsverträgen mit auswärtigen Staaten allgemeine Anerkennung und die Genehmigung der Bundesversammlung gefunden haben, indem solche Vorladungsgebühren gewöhnlich gegenseitig ausgeschlossen sind. Endlich glauben wir uns nicht zu irren, wenn wir annehmen, daß dieses letztere Verfahren jetzt schon von mehreren Kantonen gegenseitig praktisch geübt werde.

„Es wäre daher sehr zu wünschen, daß dieses letztere Verfahren unter allen Kantonen der Eidgenossenschaft zur allgemein geltenden Regel erhoben würde.

„Zu diesem Ende ersuchen wir sämtliche Kantonsregierungen, uns Bericht zu erstatten, ob die Gebühren der erwähnten Art in thren Kantonen jetzt schon gegenüber den Mitständen unterdrückt oder ob Sie nicht geneigt seien, dieselben für die Zukunft aufzuheben.“

Um Anwerbungen von Schweizern für fremden Kriegsdienst vorzubeugen, hat der Bundesrath das nachstehende Kreis Schreiben an sämtliche Kantonsregierungen erlassen.

„Tit.!

„Da verlauten will, daß in neuester Zeit und theilweise auch für die eben im Kriegszustande befindlichen Staaten Werbungen auf schweizerischem Gebiete wenigstens versucht werden, so wollen wir nicht ermangeln, Sie hierauf mit dem Bemerken aufmerksam zu machen, daß solche Vorgänge eben so sehr mit dem Bundesgesetze vom 30. Juli 1859 betreffend Werbung und Eintritt in fremden Kriegsdienst (amtl. Samml. VI, 312) im Widerspruche stehen, als sie geeignet wären, bei den

jezigen Zeitverhältnissen die Neutralität der Eidgenossenschaft in bedenklicher Weise zu kompromittiren.

„Wir laden Sie daher ein, diesem Verhältnisse alle Aufmerksamkeit zuwenden und etwaigen Werbungen auf dortigem Gebiete mit Entschiedenheit entgegenzutreten zu wollen.“

Auf einen Bericht des eidg. Militärdepartements über die Aufnahme und den Unterhalt von Deserteuren der kriegsführenden Mächte hat der Bundesrath beschlossen:

1. Wenn fremde Militärs in größerer Zahl auf das Gebiet der Eidgenossenschaft übertreten, so sind dieselben an einem geeigneten Platze, oder an mehreren Plätzen im Innern der Schweiz zu detiniren, militärisch zu organisiren und zu verspflegen.

2. Das Militärdepartement wird ermächtigt, mit den Kantonsregierungen behufs Miethe entsprechender Lokalitäten Verträge abzuschließen, und über die Organisation, Behandlung, Bewachung und Verspflegung der gemeinsam detinirten fremden Militärpersonen die nöthigen Vorschriften aufzustellen.

Herr Henri Bippert, von Lausanne, welcher unterm 27. Juli abhin zum Major im eidg. Justizstabe ernannt wurde, ist an der Stelle des erkrankten Hrn. Stabsmajor Raisin, von Genf, zum Großrichter der III. Division gewählt worden.

Als Auditor bei der X. Brigade soll Herr Bippert dann durch den kürzlich (Seite 62 hievon) zum Hauptmann im eidg. Justizstabe ernannten Hrn. Wilhelm Rahm von Unterhallaun ersetzt werden.

Der Bundesrath hat den Hrn. eidg. Oberstlieutenant Charles de Loës, von Nigle (Waadt), an der Stelle des Hrn. eidg. Oberstlieutenant von Edlibach in Zürich, welchem das Commando der VIII. Artillerie-Brigade zugebracht ist, der Parkdirektion zugetheilt.

Der Chef des Generalstabs in Olten hat mit Zuschrift vom 29. v. Mts. dem Bundesrathe die Anzeige gemacht, daß Herr General Herzog unter den gegenwärtigen Umständen von der Einberufung der Pontonnier-Kompagnie Nr. 1 und der Partrain-Kompagnie Nr. 88, sowie der beiden Artilleriebrigaden (Seite 63 hievor) abgesehen habe.

(Vom 2. August 1870.)

Herr Louis Brélaç, von Lüttry (Waadt), seit 1843 schweizerischer Konsul in Para (Brasilien), hat unterm 30. Mai d. J., mit Rücksicht auf seine geschwächte Gesundheit und sein vorgerücktes Alter, um Entlassung von seiner Stelle nachgesucht, welche Entlassung ihm vom Bundesrathe unter bester Verdankung der geleisteten langen und guten Dienste ertheilt wurde.

Die Geschäfte des Konsulates besorgt einstweilen interimistisch der bisherige Stellvertreter des Hrn. Brélaç, Herr Jakob Gänßly, aus dem Kanton Thurgau.

Herr Joseph Alois Siegwart, von Luzern, welcher im Hornung dieses Jahres als Major aus dem eidg. Generalstabe getreten ist, hat um Wiederaufnahme in denselben nachgesucht, welchem Gesuche der Bundesrath entsprochen und dem Hrn. Siegwart seine frühere Anciennetät belassen hat.

Der Bundesrath hat die Errichtung von Aufgabebüreau für Privattelegramme auf den Eisenbahnstationen Weesen, Wattwil und Lichtensteig beschlossen, auch sein Postdepartement ermächtigt, mit der Regierung von Graubünden wegen Errichtung eines Telegraphenbüreaus in Steinsberg (Untereengadin) einen Vertrag abzuschließen.

(Vom 3. August 1870.)

Das Postdepartement ist vom Bundesrathe ermächtigt worden, mit der Regierung der Kantone Luzern und Wallis wegen Errichtung von Telegraphenbüreau in Grosswangen und Martigny-Bourg Verträge abzuschließen.

Vom Bundesrathe sind gewählt worden:

(am 30. Juli 1870)

- als eidg. Stabssekretär: Hr. Fritz La Roche, Kaufmann, von Basel;
 „ Kontrolleur der Telegraphendirektion: Hr. Joh. Jakob Heer, von
 Unterhallau (Schaffhausen),
 Telegraphist in Bern;
 „ Telegraphist in Basel: Hr. Ludwig Kummer, von Höchstetten
 (Bern), derzeit Gehilfe auf dem
 Telegraphenbüreau in Olten;
 „ Posthalter in Wiedlisbach: „ Johann Born, Buchbinder, von
 Niederbipp, in Wiedlisbach (Bern);

(am 2. August 1870)

- als Telegraphist in Amrisweil: Hr. Edmund Buchenhorner, von
 Homburg (Thurgau), Posthalter
 in Amrisweil;
-

Aus den Verhandlungen des schweizerischen Bundesrathes.

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1870
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	31
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	06.08.1870
Date	
Data	
Seite	109-114
Page	
Pagina	
Ref. No	10 006 588

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.